

Frage NR Chevallier

s.B.31.82.Gr.
p.B.41.21.Gr.O. - KJ/ml

Bern, den 7. Mai 1968

Notiz für Herrn Bundespräsident Willy Spühler

Griechenland:
Interventionen zugunsten politischer Gefangener.

- I. Aus humanitären Gründen hat sich das Politische Departement seit Mai 1967 zugunsten folgender Personen verwendet:
- Ilias I l i o u , 1904, ehemaliger Parlamentsabgeordneter, Mitglied der extremlinken EDA-Partei, Diabetiker, Schwiegervater des in Prilly wohnhaften Schweizerbürgers Dr.med. Luc Ciompi.

Herr Botschafter Cuttat unterhielt sich am 11. Mai 1967 anlässlich des Fussballmatches FC Servette/FC Panathinaïkos in Athen mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Pattakos über den Fall des nach dem Militärputsch verhafteten und nach der Insel Yaros deportierten Politikers Iliou. Diese Demarche war insofern erfolgreich, als der Gefangene kurze Zeit später nach Athen transferiert wurde.

Einem neuen Interventionsgesuch des Schwiegersohnes vom April d.J. konnte Herr Botschafter Cuttat nach eingehender Prüfung und verschiedenen Sondierungen nicht stattgeben. Es zeigte sich in der Tat,

./.

- 2 -

dass eine weitere Demarche der Botschaft von der griechischen Regierung zurückgewiesen würde und sogar als Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten ausgelegt werden könnte. (Herr Iliou gilt als gefürchteter Politiker der Linken, dessen Name in regierungsfeindlichen Plänen an erster Stelle stehen soll.) Im übrigen hiess es, dass Iliou zur Zeit in einem der besten Spitäler Athens untergebracht sei und von den hervorragendsten griechischen Spezialisten behandelt werde.

- Nicolas Kitsikis, ca. 80jährig, Professor, ehemaliger Senator, früherer Rektor der Ecole polytechnique, Abgeordneter Athens, ebenfalls nach der Insel Yaros deportiert, Schwiegervater des Schweizerbürgers Christian Schmid in Nyon.

Die Botschaft in Athen unternahm auch in diesem Fall offiziöse Schritte, um sich über das Befinden des betagten Gefangenen zu erkundigen. Sie ermöglichte Herrn Schmid im Mai 1967 einen Besuch beim Polizeidirektor von Athen. Damals soll es Herrn Kitsikis den Umständen entsprechend ordentlich gegangen sein.

- Gerassimos Notaras, 1936, ehemaliger Stipendiat der Eidgenossenschaft, Lizentiat der politischen Wissenschaften der Universität Lausanne, mit einer gebürtigen Schweizerin verheiratet.

Notaras wurde am 23. Oktober 1967 verhaftet und vor Kriegsgericht gestellt. Unsere Botschaft intervenierte mehrere Male zu seinen Gunsten im Verlaufe der Monate Februar und März 1968 mit dem Ergebnis, dass die

./.

- 3 -

Behandlung des gegen Notaras hängigen Verfahrens beschleunigt wurde. Verschiedene Persönlichkeiten aus Lausanne gelangten an das Politische Departement mit der Bitte, es möge sich für diesen Griechen verwenden. Auf Anregung des Conseil de l'Ecole des Sciences sociales et politiques der Universität Lausanne wurde Herr Notaras am 8. April d.J. zum Assistenten des erwähnten Institutes ernannt. Diese Berufung soll ihm ermöglichen, Griechenland zu verlassen. Der Präsident des waadtländischen Conseil d'Etat, Herr P. Graber, hat das Departement kürzlich ersucht, durch die Botschaft in Athen Schritte zu unternehmen, damit Notaras freigelassen und ermächtigt werde, seinen neuen Posten in der Schweiz anzutreten. Wir beauftragten unsere diplomatische Vertretung in Athen, den griechischen Behörden von der Ernennung Notaras' und vom Wunsche der Universität Kenntnis zu geben.

25
 II. Gewährung des politischen Asyls an griechische Staatsangehörige

Die Behandlung von Asylgesuchen fällt in die Zuständigkeit der Polizeiabteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements. Dem Politischen Departement werden jedoch meistens vorgängig der Beschlussfassung die Asylbegehren zur Stellungnahme unterbreitet. In vier Fällen hat es in zustimmendem Sinne geantwortet. Anlässlich der Sitzung vom 15. November 1967 der nationalrätlichen Kommission für auswärtige Angelegenheiten wurde festgehalten, dass kein Hindernis vorliege, politisch verfolgte Griechen als Flüchtlinge zu anerkennen und ihnen in der Schweiz Aufnahme zu gewähren. Dementsprechend werden die Asylgesuche mit Wohlwollen geprüft und ihnen nach Möglichkeit entsprochen.

M. Graber